

Indien im Überblick

zusammengestellt von Thomas Stauber

Zyklon Gaja

Ein schwerer Zyklon hat in Tamil Nadu etwa 50 Todesopfer gefordert, fast 300.000 Menschen mussten ihre zerstörten Häuser verlassen und wurden in einem der 500 Notcamps untergebracht. In vielen Regionen Tamil Nadus fehlt es auch vier Tage nach dem Sturm noch an Trinkwasser und Nahrungsmitteln. Durch Zyklon Gaja wurden Hunderttausende Bäume umgerissen, Tausende Strommasten abgeknickt und ganze Dörfer dem Erdboden gleichgemacht. Nach ersten Schätzungen der Behörden wurden zudem über 90.000 Hektar Anbaufläche und 5000 Fischerboote zerstört. Viele Betroffene beklagten, die Hilfsmaßnahmen der Regierung seien schlecht organisiert und würden nur sehr langsam bei den Menschen vor Ort eintreffen. Für die Region wurden weiterhin schwere Regenfälle vorausgesagt.

Anschlag auf Gebetshaus der Nirankari

Bei einem Granatenangriff auf eine religiöse Versammlung der dem Sikhismus entstammenden Sekte der Nirankari bei Amritsar (Punjab) wurden drei Menschen getötet und 20 verletzt. Nach Augenzeugenberichten hatten sich zwei verummte Männer auf Motorrädern der Kongregation genähert und plötzlich zwei Granaten geworfen. Die Polizei sprach sogleich von einem „terroristischen Akt“. Ministerpräsident Amarinder Singh verstieg sich zu der Aussage, die Anschläge würden die Handschrift Pakistans tragen. Er hielt an der These fest, es handele sich um „von der ISIS (Islamischer Staat in Irak und Syrien) unterstützte kaschmirische oder khalistanische Separatisten“. Das Zentrum der Nirankari-Bewegung ist Delhi. Sie wird vom Mainstream-Sikhismus heftig bekämpft.

Wegweisende Urteile des Supreme Court

Neben der Entkriminalisierung homosexueller Handlungen durch eine teilweise Abschaffung von Paragraf 377 des *Indian Penal Code* können weitere Richtersprüche der jüngsten Vergangenheit als bahnbrechend bezeichnet werden: 1. Frauen dürfen den Sabarimala Tempel in Kerala betreten. Nach jahrelangen Kontroversen fällt das Oberste Gericht ein Urteil, nach dem „religiöse Hingabe nicht der Gender-Diskriminierung“ zum Opfer fallen dürfe. Fortan ist Frauen im Alter von 10 bis 50 Jahren ebenfalls der Tempel-Zutritt erlaubt. 2. Die *Aadhaar*-Erfassung ist zwar verfassungskonform, allerdings

müssen gewisse Einschränkungen beachtet werden, die insbesondere Banken und Mobilfunkanbieter betreffen. Sie dürfen nun nicht mehr auf einer Registrierung ihrer Kunden über *Aadhaar* bestehen. Auch kann die *Aadhaar*-Nummer nicht mehr zwangsläufig Grundlage für den Anspruch auf bestimmte staatliche Leistungen sein. 3. Ehebruch ist nach über 150 Jahren keine Straftat mehr. Nach dem alten Gesetz drohten einem Mann bis zu fünf Jahre Haft, wenn er mit der Ehefrau eines anderen Mannes Geschlechtsverkehr hatte, ohne über das Einverständnis des Ehemannes zu verfügen. Der Richter betonte, es sei an der Zeit, den Ehemann „nicht mehr als den Herrn seiner Ehefrau“ zu betrachten. Ehebruch bleibt aber im Zivilrecht weiter als Scheidungsgrund verankert. 4. Verhandlungen des Obersten Gerichtes dürfen live gesendet bzw. über das Internet gestreamt werden. Live-Bilder aus dem Gerichtssaal dienen einer höheren Transparenz und erfüllen das Recht der Öffentlichkeit auf freien Zugang zu Informationen, so die Richter. Wenngleich es sich um teils spektakuläre Gerichtsurteile handelt, kann als problematisch angesehen werden, dass derzeit der Judikative immer stärker die Rolle eines „Wächters der Demokratie“ zuwächst, während Zivilgesellschaft und Medien als „Vierte Gewalt“ immer weiter zurückgedrängt und sie der ihr zugedachten Rolle, „*checks and balances*“ zu übernehmen, immer weniger gerecht werden.

Indische Wirtschaft erholt sich zwischenzeitlich

Nachdem die Wirtschaftsdaten vor zwei Monaten äußerst schlecht aussahen, scheint sich die indische Ökonomie gerade wieder etwas zu erholen. Die Rupie hatte im Vergleich zum US-Dollar an Wert verloren (Anfang Oktober waren es zehn Prozent, ein US-Dollar wurde zu knapp 75 Rupien). Der Ölpreis hatte zwischenzeitlich die astronomische Höhe von 85 US-Dollar pro Barrel erreicht, nun tendiert er wieder nach unten (vor zwei Wochen lag der Preis bei 55 Dollar). Indiens Ökonomie ist in hohem Maße auf Erdölimport angewiesen. Doch es gibt Stimmen, die vor einer neuen Krise warnen. In den Augen wachstumsorientierter Ökonomen nehme das Bruttoinlandsprodukt nicht in dem Maße zu, wie es eigentlich nötig sei: Nur wenn die Wirtschaft um über zehn Prozent in den kommenden zehn Jahren wachse, könne Indien Vollbeschäftigung erreichen. Ein besonders dringliches Problem seien faule Kredite, *Non-Performing Assets*, die – neben sogenannten *Non-Banking*

Finance Companies (siehe unten) – vor allem den öffentlichen Banken (*Public Sector Banks*) Kopfzerbrechen bereiten. Der bekannte Ökonom S. Swamy warnt in diesem Zusammenhang vor einer neuen Finanzkrise, die trotz der zwischenzeitlichen Erholung bereits im kommenden Jahr eintreten könnte.

Droht Indien doch eine Finanzkrise?

Zunehmend Sorgen bereiten der indischen Regierung und internationalen Investoren sogenannte *Non-Banking Finance Companies* (NBFCs). Das sind Finanzinstitute, die offiziell nicht der Bankenaufsicht unterstehen – und offensichtlich auch weniger reguliert und kontrolliert werden –, obgleich sie wie Banken arbeiten. Die größte indische NBFC ist die *Infrastructure Leasing & Financial Services* (IL&FS), die 1987 als Finanzier für staatliche Infrastrukturprojekte gegründet wurde. Unter der Holding sammelt sich ein kaum mehr zu durchschauendes Geflecht von 348 Firmen. Die IL&FS musste bereits Ende September zahlreiche Zahlungsausfälle in Milliardenhöhe bekanntgeben. Insgesamt soll die IL&FS auf faulen Krediten in Höhe von über zwölf Milliarden US-Dollar sitzen. Die Nachricht von den Ausfällen sorgte an den indischen Aktien- und Anleihenmärkten bereits für große Beunruhigung und fallende Kurse. Um eine Liquiditätsklemme zu verhindern (und weil die indische Notenbank das Kreditinstitut als systemrelevant einschätzt), musste die Regierung nun handeln: In einer Notfallaktion übernahm sie die Kontrolle bei IL&FS und besetzte den Vorstand mit Managern ihrer Wahl. Die IL&FS soll nach Vorstellungen der Regierung verkauft werden, die Aufsichtsbehörden ermitteln unterdessen gegen den ehemaligen Vorstand. Nicht nur Indiens Finanzwirtschaft könnte aufgrund der Causa IL&FS großen Schaden nehmen, ihr Aus und ein Auftauchen weiterer fauler Kredite bei anderen NBFCs könnte zu einer Kettenreaktion führen (Abzug von Kapital, Panikverkäufe) und die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt gefährden.

2+2 Dialog

Am 6. September fand in Neu-Delhi erstmals der 2+2-Dialog zwischen den Außen- und Verteidigungsministern der USA und Indiens statt. Größter Nutznießer dieser Gespräche scheinen bislang die USA zu sein. Politische Analysten gehen davon aus, dass Indien von den USA für deren eigene Sicherheitsstrategie kooptiert wird, um Chinas Einfluss einzudämmen. Ob diese Eindämmung angesichts der neuen Mächtekonstellationen im 21. Jahrhundert auch noch das Interesse Indiens sein kann, ist umstritten. Mit der Unterzeichnung der COMCASA-Vereinbarung (*Communications, Compatibility and Secu-*

rity Agreement) hat Indien sich zwar zu einer engeren Zusammenarbeit verpflichtet – und sich so den Zugang zu neuesten Waffen- und Sicherheitstechnologien *made in USA* gesichert. Doch die stärkere Integration hat auch weitreichende Konsequenzen, denn sie ist mit der Verpflichtung verbunden, bestimmte Erkenntnisse der Nachrichtendienste „in Echtzeit“ teilen zu müssen. Damit wächst auch die Gefahr, dass Indien in „fremde“ Konflikte der USA hineingezogen wird, ohne seine eigenen „nationalen Interessen“ verfolgen zu können.

CBI-Chef suspendiert

Der Leiter der indischen Bundespolizei *Central Bureau of Investigation* (CBI), Alok Verma, wurde vom Dienst suspendiert. Investigative Medien wie *The Wire* vermuten einen Zusammenhang mit dem Rafale-Deal der BJP-Regierung unter Premier Modi (siehe oben). Auch die politische Opposition geht davon aus, dass Verma im Begriff war, Untersuchungen im Falle des Rafale-Deals aufzunehmen und daraufhin von seinem Posten entfernt wurde. Vermas Vize, Rakesh Asthana, wurde ebenfalls vom Dienst suspendiert – allerdings wegen Korruptionsvorwürfen. Er soll Bestechungsgelder in Millionenhöhe angenommen haben.

Ärger mit Rafale-Deal

Die indische Regierung hat sich mit dem Kauf von Rafale-Kampffjets möglicherweise eine handfeste Staatskrise ins Haus geholt. Vor zwei Jahren hatten Frankreich und Indien einen Kaufvertrag über 36 Rafale-Kampfflugzeuge abgeschlossen (und damit einen Deal der Vorgängerregierung aus dem Jahr 2012 über den Erwerb von 126 Jets platzen lassen). Die oppositionelle Kongresspartei hatte der Modi-Regierung vorgeworfen, in der Vertragsvereinbarung mit dem französischen Hersteller *Dassault Aviation* unbedingt Anil Ambanis gänzlich unerfahrene *Reliance Defence* als indischen Partner platzieren zu wollen und sogar zur Bedingung für den Vertragsabschluss gemacht zu haben. Das Verteidigungsministerium und die regierende BJP weisen die Vorwürfe zurück, doch der ehemalige französische Premier Hollande hatte in einem Interview offenbart, dass die Modi-Regierung Druck auf *Dassault* ausgeübt hatte, um *Reliance* als Partner zu installieren. Rahul Gandhi warf der Regierung daraufhin Korruption vor, man habe Ambani den Auftrag zugeschustert. Die Kaufsumme wird – angeblich wegen Fragen der nationalen Sicherheit – unter Verschluss gehalten, indische Medien gehen von umgerechnet 7,8 Milliarden Euro aus. Auch hier gibt es Ungereimtheiten, denn zunächst hatte das für die Ausgabenkontrolle zuständige *Contract Negotiation*

Committee für die Rafale-Jets als Preisobergrenze 5,2 Milliarden Euro bestimmt. Diese *Benchmark* wurde dann im Laufe der Verhandlungen nach oben korrigiert und auf 8,2 Milliarden Euro festgelegt. Die Regierung muss nun nach einer Weisung des Obersten Gerichtes genau darlegen, wie die neuen *Benchmarks* und die Vertragsdetails zustande kamen.

Latrinenreinigung – immer mehr Todesfälle

Wer von einem „sauberen Indien“ redet, darf von Kastendiskriminierung nicht schweigen, denn die gefährliche Arbeit wird nach wie vor fast ausnahmslos von Dalits ausgeführt (vgl. SÜDASIEN Heft 2 - 2018). Nach offiziellen Angaben arbeiten noch immer über 50.000 Menschen als Latrinenreiniger. NGOs gehen von weit höheren Zahlen aus. Denn die Behörden zählen diejenigen Sanitärarbeiter nicht hinzu, die Abwasserkanäle und Klärtanks säubern müssen. Nach Angaben von *Safai Karamchari Andolan*, einer NGO, die sich für ein Ende der manuellen Latrinenreinigung und für eine Entschädigung ehemaliger Latrinenarbeiter einsetzt, sind seit 1993 mindestens 1800 Menschen in Latrinen, Klärgruben und -tanks ums Leben gekommen. Allein zwischen 2017 und Mitte 2018 starben 221 Arbeiter – obwohl die manuelle Reinigung von Latrinen seit 2013 gesetzlich verboten ist. Auch der UN-Sonderberichterstatter zum Recht auf sicheres Trinkwasser und sanitäre Anlagen, Leo Heller, hatte bei seinem Indienbesuch darauf hingewiesen, dass das universale Recht auf sicheres Trinkwasser und sanitäre Einrichtungen nicht umgesetzt werden könne, solange Dalits weiterhin mit dem Stigma „Kastenlose“ belegt werden und sie qua Geburt „auserwählt“ sind, die erniedrigende Latrinenarbeit auszuführen.

Migrantenflucht aus Gujarat

Anfang Oktober 2018 sorgten Ausschreitungen gegen Binnenmigranten in Gujarat für Aufsehen. Nachdem Medien von der Vergewaltigung eines Säuglings berichteten, hatten gewalttätige Übergriffe den westindischen Bundesstaat erschüttert. Das 14 Monate alte Mädchen war mutmaßlich von einem aus Bihar stammenden Mann missbraucht worden. Über soziale Medien wurden daraufhin zahlreiche Hass-Nachrichten gegen Migranten abgesetzt. Daraufhin hatten sich Mobs gebildet, die Immigranten tätlich angriffen. Viele der aus Bihar, Uttar Pradesh und Madhya Pradesh stammenden Arbeitsmigranten flohen daraufhin zurück in ihre Heimatbundesstaaten. Zusätzliche Polizeikräfte sollten die Sicherheit der Migranten gewährleisten. Bei den Übergriffen nahmen die Beamten 450 Menschen fest, 35 Personen wurden angezeigt. *Chief Minister* Rupani beilte

sich zu versichern, dass Gujarat offen und sicher für alle Inderinnen und Inder sei. Doch angesichts der schweren Ausschreitungen, nicht zuletzt in 2002, fiel es vielen Arbeitsmigranten offensichtlich schwer, den Aussagen der Behörden zu trauen.

Durchsuchungen bei *The Quint*, *The News Minute* und *Greenpeace India*

Die jüngsten Durchsuchungen der Online-Redaktionen von *The Quint* und *The News Minute* sowie die Beschlagnahmung von Unterlagen bei *Greenpeace India* durch die Steuerbehörden wurden durch die indische Zivilgesellschaft harsch kritisiert. Im Falle der Redaktionen wurden Journalisten verhört und Unterlagen kopiert bzw. „beschlagnahmt“. Für die Büros von Greenpeace lag nicht einmal ein Durchsuchungsbescheid vor. Dennoch verschafften sich Steuerfahnder Zutritt und befragten Mitarbeiter, durchstöberten Aktenordner und nahmen zahlreiche Dokumente mit. Das Bankkonto der Umweltorganisation wurde eingefroren. NRO-Vertreter/innen begreifen die Redaktionsdurchsuchungen und das Einfrieren des Kontos als Angriff auf die indische Zivilgesellschaft insgesamt. Sie dienten dazu, Kritiker/innen der Regierung und all jene, die Menschenrechtsverletzungen sowie Umweltzerstörung aufdecken, zum Schweigen zu bringen. In einer Erklärung des *Solidarity Forum for Dissent* heißt es: „Wir stellen außerdem fest, dass diejenigen, die sich für die Rechte benachteiligter Gruppen einsetzen, insbesondere für Dalits, Adivasi, LGBT-Communities (*lesbian, gay, bisexual and transgender*) und Frauen, systematisch verfolgt und durch Razzien eingeschüchtert werden. Schlüsselfiguren des Protestes und Journalisten werden kurzerhand festgenommen.“ Dissens und das Hinterfragen der Regierungspolitik seien jedoch für eine echte Demokratie unentbehrlich.

Menschenrechtsaktivisten bleiben in U-Haft

Von den Ende August verhafteten Menschenrechts- und Umweltaktivist(inn)en wurden mittlerweile Thirumurgan Gandhi (Tamil Nadu) und der Journalist Gautam Navlakha (Delhi) wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Menschenrechtlerin Sudha Bharadwaj bleibt nach einer gerichtlichen Entscheidung weiterhin in Untersuchungshaft, ebenso der Anwalt Arun Ferreira und der Aktivist Vernon Gonsalves (siehe auch vorliegenden Artikel im Heft). Für den Schriftsteller Varavara Rao wurde zunächst der Hausarrest verlängert, bevor auch er in Untersuchungshaft genommen wurde. Im Falle von Arun Ferreira hat sich Amnesty International Indien an die Öffentlichkeit gewandt und den Polizeibehörden vorgeworfen, Ferreira zu misshandeln.

Hindunationalisten wollen Städte umbenennen

Hindunationalisten überbieten sich mit Forderungen danach, indischen Städten „reine“ Hindu-Namen zu geben: Pune möchten sie in Jijapur, Agra in Agrawal umbenennen. Der Distrikt von Faizabad in Uttar Pradesh (UP) heißt fortan Ayodhya. Die Regierung in Delhi hat bereits 25 ähnlichen Vorhaben zugestimmt. Auch den Entschluss des Kabinetts in UP unter dem Hindu-Hardliner Yogi Adityanath Mitte Oktober, Allahabad in Prayagraj umzubenennen, verbuchte die BJP als Sieg. *Chief Minister* Adityanath hatte in der Vergangenheit bereits häufiger den Wunsch geäußert, der Metropole ihren „ursprünglichen“ Namen zurückzugeben. Auch der Gouverneur von UP hat dem Vorhaben zugestimmt. Die Opposition kritisiert die Forderungen als populistische Identitätspolitik der BJP. Dass ausgerechnet vor den Wahlen 2019 zahlreiche Städte umbenannt werden sollen, dürfte kein Zufall sein. Die Wahlkampfstrategie der BJP setzt wohl wieder auf Polarisierung.

Indiens Me-Too-Moment I

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht neue Namen an die Öffentlichkeit gelangen. Vorwürfe der sexuellen Belästigung haben mittlerweile auch die indische Film-, Kultur und Kunstszene fest im Griff. Den Stein ins Rollen gebracht hatte die Schauspielerin Tanushree Dutta Ende September, als sie öffentlich machte, dass der Bollywood-Mime Nana Patekar sie am Filmset sexuell belästigt hatte. Dutta hatte die Anschuldigungen bereits im Jahr 2008 öffentlich gemacht, direkt nach dem Vorfall. Der mutmaßliche Täter Patekar blieb unbehelligt. Dutta wiederholte ihre Anschuldigungen 2013 öffentlich in einem Interview, wieder wurden ihre Aussagen größtenteils ignoriert. Doch nun, dank der *Me-Too*-Debatte in den sozialen Medien und in der Öffentlichkeit, wurde ihre Erfahrung endlich ernst genommen. Ein Sturm der Entrüstung brach los, zahlreiche Frauen berichteten von ähnlichen Erfahrungen und Verletzungen und von der jahrelangen Scham. Die sozialen Medien wurden für Dutta und zahlreiche Frauen, die Opfer sexueller Belästigung geworden waren, zum wichtigen Instrument des Selbstbewusstseins und der Diskursverschiebung.

Indiens Me-Too-Moment II

Der stellvertretende Außenminister der BJP, M.J. Akbar, ist aufgrund zahlreicher Belästigungsvorwürfe von seinem Amt zurückgetreten. Akbar, der zuvor jahrzehntelang als Journalist gearbeitet und zahlreiche Zeit-

schriften ins Leben gerufen hatte, wurde von über 20 Journalistinnen der sexuellen Belästigung beschuldigt. Den ersten Schritt machte die Journalistin Priya Ramani; sie sei während ihrer Zeit beim *Asian Age* von Akbar bedrängt worden. Akbar versucht indes, die Aussagen der belästigten Frauen als „Wahlkampfgetöse“ abzutun. Die Journalistin Ramani hat angekündigt, gegen Akbar gerichtlich vorzugehen. Regierung und Premier haben sich bislang nicht direkt zu den Vorwürfen geäußert.

Indien weiht höchste Statue der Welt ein

Mit 182 Metern wurde im Bundesstaat Gujarat am 31. Oktober die höchste Statue der Welt eingeweiht. Die Skulptur des Unabhängigkeitshelden Sardar Vallabhbhai Jhaverbhai Patel ist doppelt so hoch wie die Freiheitsstatue in New York. Patel war der erste stellvertretende Premierminister Indiens, Politiker der Kongresspartei und eine herausragende, wenngleich umstrittene Figur der Unabhängigkeitsbewegung. Das Denkmal, in einer entlegenen Region des Bundesstaates Gujarat innerhalb von vier Jahren errichtet, gilt als Vorzeigeprojekt von Premier Modi. Ein noch höheres Denkmal ist bereits in Planung: In wenigen Jahren soll an der Küste von Mumbai der Freiheitskämpfer Shivaji mit einer 212 Meter hohen Betonfigur verewigt werden. In Uttar Pradesh soll eine Mammuntstau des Gottes Rama entstehen.

Shiv Sena mobilisiert für Ram-Tempel

Die ultrarechte *Shiv-Sena*-Partei unter Uddhav Thackeray setzt im anstehenden Wahlkampf verstärkt auf Ayodhya als Reizthema und Symbol für die angestrebte Hindu-Hegemonie im Lande. *Shiv Sena* fordert seit Jahren den Bau eines Ram-Tempels an der Stelle, an der zuvor eine Moschee gestanden hatte. Parteichef Thackeray wird in Kürze Ayodhya besuchen und dort vermutlich auch dem eigenen Koalitionspartner BJP vorhalten, nicht konsequent genug für den Bau eines Tempels eingetreten zu sein. *Shiv Sena* will mit dem Slogan „erst der Tempel, dann der Staat“ in den Wahlkampf 2019 ziehen.

Wahlen 2018

Vor den landesweiten Wahlen im April oder Mai 2019 werden bis Ende des Jahres fünf Bundesstaaten an die Wahlurnen gehen. Chhattisgarh hat bereits am 12. und 20. November in zwei Etappen gewählt, in Madhya Pradesh und Mizoram durften die Wählerinnen und Wähler am 28. November und am 7. Dezember in Rajasthan sowie Telangana entscheiden. Die Auszählung aller Stimmen soll bis zum 11. Dezember erfolgt sein.